

## **Welche Politik strebt Berlin in der UNO an? Heikle deutsche Initiative für einen Sitz im Sicherheitsrat**

von Prof. Dr. Christian Hacke

*erschienen am 23. September 2004 in der NZZ*

Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat spiegelt Fragen und Probleme von Deutschlands Rolle in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges wider: Soll Deutschland erneut nationale Interessenpolitik betreiben oder der europäischen Integrationsidee und dem Primat der verflochtenen außenpolitischen Interessen in der Tradition von Konrad Adenauer verpflichtet bleiben?

Nationale Machtpolitik in der UNO im Kreise der Weltmächte war nach 1990 theoretisch denkbar, aber keine realpolitische Option. Die Rückkehr Deutschlands zu einer klassischen weltpolitischen Großmachtdiplomatie hätte die Statik der Weltpolitik, vor allem die der EU, gefährdet. Deshalb setzten Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Kontinuität zu Bundeskanzler Adenauer auf die Fortsetzung der bewährten gemeinschaftsorientierten Außenpolitik, die auch mit Blick auf die UNO zur überparteilichen Gemeinsamkeit wurde, als Willy Brandt im Februar 1991 die Idee eines europäischen Sitzes ins Spiel brachte. Vor diesem Hintergrund einer wachsenden gemeinsamen Außenpolitik der Europäer wirkte Außenminister Kinkel's Bemühen um einen ständigen Sitz für Deutschland schon 1992 anachronistisch.

Der vorerst letzte Anlauf der rot/grünen Bundesregierung, einen nationalen Sitz mit Nachdruck zu fordern, erstaunt, denn die rot-grüne Bundesregierung hatte sich 1998 im Koalitionspapier auf die Forderung nach einem gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat geeinigt und

den nationalen Interessen ostentativ abgeschworen. Diese Bemühungen irritieren auch, weil Bundeskanzler Schröder den deutschen Sitz sehr selbstbewusst, aber recht undiplomatisch und unverhohlen einfordert. Auch überrascht, dass Außenminister Fischer, der in den vergangenen Jahren besonders intensiv für eine gemeinschaftliche europäische Politik eingetreten ist, sich Schröders Drängeln anschließt und weltweit auf nationale Werbetour geht. Doch die Argumente aus Berlin wirken nur vordergründig: Deutschland ist zwar drittgrößter Beitragszahler bei den Vereinten Nationen, zweitgrößter Truppensteller für militärische Missionen unter UNO-Mandat, engagiert sich in der Nord-Süd-Politik, sucht für Europa eine zivilisatorische Führungsrolle in der Welt und plädiert mit seiner Kritik an den USA im Irakkrieg auch für eine multilaterale Weltordnung, aber genau hier liegt der Haken: Aus Deutschlands materiellen und finanziellen Leitungen lässt sich kein politischer Anspruch ableiten! Nicht Wunsch und Leistung, sondern politische Macht und diplomatische Geschmeidigkeit sind vonnöten. Es geht weniger um Deutschlands materielle Beiträge, sondern vielmehr um die Frage, welche Politik Deutschland in der UNO betreiben will. Vor allem geht es darum, ob Berlin sich an der Seite der USA oder im Gegensatz zu ihnen positioniert. Bis Ende der 90er Jahre hat die Bundesrepublik Deutschland auch in der UNO ausgleichende Weltpolitik betrieben, also Amerika und die UNO gleichermaßen gestärkt, und sich nie auf ein Entweder-Oder eingelassen. Diese weltpolitische Balancer-Position Deutschlands im Spannungsfeld von amerikanischem Unilateralismus und multilateraler Weltordnungspolitik war erfolgreich und korrespondierte mit einer entsprechenden regionalpolitischen Ausgleichsrolle der Bonner Republik im Kräfteviereck Washington, London, Paris und Bonn. Jahrzehntelang hatte die Bundesrepublik die Begehrlichkeiten nach einem angelsächsisch dominierten Eu-

ropa ebenso zu verhindern gewusst, wie die Ambitionen aus Paris auf ein (neo-) gaullistisches Europa.

Dabei konnte Deutschland einen global und regional klug ausbalancierten Handlungsspielraum entwickeln und wurde von allen Staaten respektiert und geschätzt; dabei erwuchs der Bonner Republik ein gewachsenes außenpolitisches Prestige, weil sie umsichtig und in diplomatischer Selbstbescheidenheit agierte. Genscherismus stand nicht nur für diplomatische Raffinesse, sondern auch für Klugheit: Auf die USA wurde, wenn nötig, couragiert und sensibel eingewirkt, jedoch immer unter dem Primat der Vertraulichkeit, des Respekts, und dem Sinn für Interessenabwägungen.

Ansehen und Handlungsspielraum der Berliner Republik schmolzen erst dahin, als Bundeskanzler Schröder im Irakkrieg in Opposition zu den USA ging. Deutschlands Rolle im Irakkrieg war nicht fatal, weil die richtigen Sachargumente fehlten, sondern im Gegenteil, Berlin hat in fast allen Kritikpunkten Recht behalten. Vielmehr lag die Fatalität in der Berliner Arroganz, im moralisierenden Auftrumpfen der Bundesregierung, und weil Berlin wegen Irak auf beispiellose Weise öffentlich mit Frankreich und Russland Front gegen Washington bezogen hat. Wen wundert es, dass dieser Kurswechsel auch Auswirkungen auf die deutsche UNO-Politik hat.

Seit dem Irakkrieg sieht Berlin die UNO als eigenständigen Akteur, als Zentrum für eine zukünftige multipolare Weltordnung, als Alternative zur Pax Americana, dieser unipolaren Welt im Zeichen amerikanischer Vorherrschaft. Die Bundesregierung möchte also die UNO zum Zentrum für eine multipolare und multilaterale Weltordnung machen.

Hier liegt der historische Bruch: War Amerikas Hegemonie fünfzig Jahre lang unverzichtbar für Deutschlands Fortschritt und weltpolitischen Schutz, ja bildeten vertrauensvolle Beziehungen zu Washington das au-

ßenpolitische Grundgesetz, die außenpolitische Staatsräson, so sind nun eine „Undiplomatie“ des permanenten Schienbeintretens zum außenpolitischen Alltag der Berliner Republik geworden. Von der Freundschaft zum offenen Antiamerikanismus – das ist die entscheidende Wende von der Bonner zur Berliner Republik.

Das zentrale Problem der deutschen Außenpolitik liegt also weniger in New York als in Washington, wo man alles andere als gewillt ist, sich ein Deutschland in den Ständigen Rat zu holen, das offen antiamerikanisch geworden ist und das darüber hinaus in fast allen Fragen der Weltpolitik eigene Wege ohne oder gar gegen die USA zu gehen bereit ist. Mit Amerikas Einstellung gegenüber Deutschland steht und fällt Deutschlands Rolle in der Welt, auch Deutschlands UNO-Politik. Deutschlands Freunde sind irritiert, nicht nur im Weißen Haus, sondern, auch im Kongress, und neue vor allem bewährte und kraftvolle Freunde sind nicht in Sicht. Andere Mächte mögen mit Deutschlands Kritik am Irakkrieg heimlich sympathisieren, sie sind jedoch nicht so unklug, es sich mit Washington zu verscherzen, wie es dieser Bundesregierung gelungen ist: Mit richtigen Sachargumenten eine falsche Irakpolitik zu betreiben ist schon eine Kunststück für sich, das nun beim Drängeln nach einem ständigen Sitz im Rat erneut vorgeführt wird: Wer aus wahltaktischen Gründen, wie im Jahr 2002, erklärt, es interessiere ihn nicht, was auch immer der Sicherheitsrat hinsichtlich der Durchsetzung der UN-Sanktionen im Irak beschließen möge, dem mangelt es nicht nur an diplomatischer Geschmeidigkeit, sondern der hat vor allem die UNO geschwächt. Diese Lektion wird man auch in New York nicht vergessen haben, zumal Berlin bis in die Gegenwart an dieser Position festhält: Noch heute erklärt die Bundesregierung, bei keinerlei militärischen Einsätzen im Irak – ob nun im Rahmen der UNO oder der NATO – dabei sein zu wollen. Soll das die richtige Eintrittskarte für Deutschland in den Club der Ständigen Mitglie-

der der UNO sein? Anderen Mangel an Gemeinschaftssinn vorwerfen, sich selbst aber das Recht herausnehmen, mit dem moralischen Zeigefinger über den Dingen zu stehen, diese Diskrepanz wirkt alles andere als einladend. Wer weltpolitische Verantwortung übernehmen will, muss Krieg und Bruch von Menschenrechten notfalls mit dem Einsatz eigener Soldaten konsequent ahnden, anstatt sich von jedweder Verantwortung frei zu kaufen .

Die Regierung der Berliner Republik ist heute jedoch immer noch nicht in der Lage, klug, umsichtig, ausgleichend und kraftvoll Außenpolitik zu betreiben, auch nicht in der UNO. Stattdessen bleibt man bei der selektiven Moral, wobei eigene Positionen opportunistisch über Bord geworfen werden. Die Berliner Außenpolitik irrlichtert ohne Kompass: Man lebt von der Hand in den Mund und sucht nach populistischen und wahltaktischen Vorteilen. Wer im Sinne eines moralisierenden linken Nationalismus plump nach dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ herumpoltert, erweckt Furcht vor extremen Schwankungen deutscher Politik in Substanz und Stil.

Berlin mag kurzfristig und punktuell an Ansehen gewonnen haben, dort, wo es jedoch darauf ankommt, hat es an Einfluss und Handlungsspielraum verloren, in den USA, in der UNO und nicht zuletzt in Europa selbst. In Europa droht jetzt als Folge anachronistischer UNO-Politik weiterer Schaden. Neben der ersten außenpolitischen Tradition der Bundesrepublik, der engen transatlantischen Freundschaft, wird nun auch die zweite Tradition, die europapolitische Vorbildrolle, auf das Erheblichste beschädigt: Europapolitische Erfolge wurden in Europa in der Vergangenheit nur möglich, weil das vereinte Deutschland unter der Führung Helmut Kohls der nationalstaatlichen Perspektive ohne Wenn und Aber abgeschworen hat und Deutschlands außenpolitische Kraft, in den Dienst Europas stellte. Auch die Regierung Schröder/Fischer setzte

die Europapolitik kontinuierlich fort, als sie sich im Koalitionspapier auf die Forderung nach einem Sitz für Europa im Ständigen Sicherheitsrat der UNO einigte. Jetzt wirft diese Regierung ihre eigenen Prinzipien über Bord! Sie verrät nicht nur das europapolitische Erbe der Vorgängerinnen, sondern auch die eigenen Grundsatzauffassungen. Auch deshalb greift neues und verstärktes Misstrauen gegenüber Deutschland um sich. Im Ausland droht sogar Isolierung. Italien, Spanien und Polen sind die ersten, aber nicht die letzten, die Schröders Ansinnen mit großen Vorbehalten betrachten. In Europa wittert man neue deutsche Großmachtmanier, einen neuen linken Wilhelminismus. Mag sein, dass Deutschlands Ansehen in manchen Hauptstädten auf Grund der Opposition zum Irakkrieg angewachsen ist, aber was zählt, ist nicht das versteckte vertrauliche Schulterklopfen oder die offene Zustimmung derjenigen Mächte, die sich schon immer antiamerikanisch gerierten.

Berlin will in der Weltpolitik von heute nicht nur mitreden, sondern auch mitmachen. Das ist ein guter Vorsatz, aber dann bitte mit Umsicht, nicht mehr gegen die USA und auf der Basis von Berechenbarkeit und Bescheidenheit. Davon kann in der gegenwärtigen UNO-Politik nicht die Rede sein. Im Übrigen wäre Deutschland besser beraten, wenn es sich vorerst auf die großen Sachfragen wie Terrorismus, Umweltfragen, Failed States, Intervention und Krisendiplomatie konzentriert, also sich mit offenem Blick und unter dem Hintenanstellen von Prestigefragen engagieren würde.

Deutschland hat stets von Amerikas Vormachtrolle profitiert. Ja, je größer Amerikas Einfluss in der Welt war, umso mehr wurde dies auch in Bonn bzw. in Berlin begrüßt. Jetzt hat die rot/grüne Bundesregierung die Fronten gewechselt und gegenüber den USA Front bezogen und ist dabei zwischen alle Fronten geraten. Es gibt keinen Ersatz für amerikanische Unterstützung für Deutschlands Rolle in der Weltpolitik. Wer diese

Lehre aus dem 20. und Beginn des 21. Jahrhunderts nicht zu ziehen in der Lage ist, der kann keine verantwortliche Politik für Deutschland betreiben, auch nicht in der UNO.